Wir müssen das Desaster ausbaden

Der Kapitalismus und der ihm dienende deutsche Staat hat also die Verantwortung dafür zu tragen, dass Impfungen selbst schon ein Privileg sind, in Deutschland und weltweit erst Recht. Die Sonderbehandlung von Geimpften wurde aufgrund des Mangels funktionierender Impfstoffversorgung deswegen auch zunächst vom Staat selbst abgelehnt – zu groß die Sorge vor dem Unmut der ungeimpften Bevölkerung. Jetzt, nach einigen Monaten des Impfens, kehrt sich die Frage für die Herrschenden um: Wie noch die Grundrechtseinschränkungen vor Geimpften und Genesenen rechtfertigen, die weder sich noch andere gefährden? Ebenso muss die Wirtschaft wieder angekurbelt und dafür die Menschen weiterhin zum Impfen bewegt werden. Impfprivilegien sind dazu geignet, weil sich nach den momentanen Plänen der Regierung bestimmte Freiheiten eben nicht „ertesten“ lassen sollen, wie zum Beispiel die Aufhebung der Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen. Diese Einschränkungen sind grundsätzlich zu kritisieren und ihr Ende sollte nicht an Impfungen oder eine überstandene Corona-Infektion gebunden werden.

Stattdessen hätten von Anfang an wirksame Maßnahmen gegen die Pandemie ergriffen werden müssen, die die Wirtschaft jedoch verhinderte.

Ja zu Eigenverantwortlichkeit und Solidarität!

Die Entscheidung, sich impfen zu lassen, sollte grundsätzlich eine private Entscheidung bleiben und nicht an Grundrechte geknüpft werden. Die eingeführten Impfprivilegien stehen dem entgegen und versuchen wieder einmal, das Versagen von Staat und Konzernen auf den Rücken der Bevölkerung abzuwälzen. Wir dürfen uns nicht spalten lassen und müssen gegen den Ausschluss Nicht-Geimpfter kämpfen, egal ob diese schlicht noch keine Möglichkeit hatten oder bestimmte Ängste vor dieser haben. Wir sind in der Lage, uns durch Eigenverantwortlichkeit und Solidarität gegenseitig zu schützen, wobei wir gleichzeitig für den weltweiten Zugang zu Impfungen kämpfen müssen.

PERSPEKTIVE» ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

www.perspektive-online.net

fb.com/PerspektiveOn
t.me/perspektiveon
instagr.am/perspektiveonline

V.i.S.d.P.:
Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Kalk-Mülheimer Str. 124
51103 Köln

PERSPEKTIVE» MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf das Handy:

1. Für die Nummer *0151 75803785* einen Kontakt anlegen.

2. Nachricht per Whatsapp oder Telegram mit „Start“ schicken.

3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt auf‘s Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unsere Projekte umzusetzen und dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- Verteilen Sie selbst die Printausgabe von „Perspektive“ *perspektive-online.net/abo/*
- Schicken Sie uns Ihre eigenen Nachrichten, Berichte, Artikel und Kommentare. *info@perspektive-online.net*
- Werden Sie Mitglied im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“ *perspektive-online.net/verein/*
- Unterstützen Sie uns mit einer Spende. *perspektive-online.net/spenden/*

Bilder 1-2: Eigene Bilder; Bild 3: „Impfen“, https://www.flickr.com/photos/dirkvorderstrasse/22656174583/, (CC BY 2.0, https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/) by dirkvorderstrasse

PERSPEKTIVE»

Zeitung für Solidarität und Widerstand

Perspektive Nr. 51 | Juni 2021 www.perspektive-online.net

Neues Versammlungsgesetz: Aufrüstung gegen eine starke Arbeiter:innenbewegung

– Von Leon Hamacher –

Schon 2018 fand mit den neuen Polizeigesetzen ein massiver Einschnitt in unsere Grundrechte statt. Viele Bundesländer holen nun im Schatten der Pandemie zum nächsten Schlag aus und wollen neue Versammlungsgesetze erlassen – auf Kosten unserer Freiheit.

Seit der Förderalismusreform im Jahr 2006 haben die Bundesländer die Möglichkeit das Versammlungsgesetz des Bundes durch Landesgesetze zu ersetzen. Davon wollen mehrere Bundesländer nun Gebrauch machen und eigene Gesetze erlassen, allen voran Nordrhein-Westfalen. Dabei dürfte der Entwurf in weiten Teilen auch von anderen Bundesländern übernommen werden.

Wer auf mehr Freiheiten hofft wird enttäuscht – Aktivist:innen haben den Entwurf nicht zu Unrecht „Versammlungsverhinderungsgesetz“ getauft. Die gravierendsten Verschärfungen sind folgende:

Abschaffung der „Polizeifestigkeit“

Das bedeutet, dass man künftig auf An- und Abreise und auf Versammlungen selber, je nach Polizeigesetz sogar anlasslos, durchsucht werden darf und die Personalien festgestellt werden dürfen. So kann sich der Staat leicht einen Überblick verschaffen, wer gerade gegen ihn oder seine Politik auf die Straße geht.

Darüber hinaus sollen unter dem Stichwort „Übersichtsaufnahmen“ künftig Kundgebungen und Demonstrationen abgefilmt werden dürfen, ohne dass es dafür einen Anlass wie begangene Straftaten mehr braucht.

„Militanzverbot“

Es ist bereits verboten, auf Demonstrationen in Uniform zu laufen. Nun soll bereits „uniformähnliches“, „gewaltbereites“ und „paramilitärisches“ Auftreten untersagt werden. Im Gesetzesentwurf wird offen zugegeben, dass damit die Klimagerechtigkeitsbewegung „Ende Gelände“ sowie Demonstrant:innen, die sich durch einheitliche schwarze Kleidung vor Repression schützen wollen, kriminalisiert werden sollen.

„Störverbot“

Auch die antifaschistische Bewegung ist im Visier der Landesregierung. Sind momentan noch Sitzblockaden o.ä. gegen Naziaufmärsche vom Versammlungsrecht geschützt, sollen alle Versammlungen, die andere Versammlungen stören oder verhindern, zukünftig eine Straftat sein. Mehr noch: Alleine der Aufruf z.B. faschistische Demonstrationen zu verhindern oder sogenannte „Blockadetrainings“ durchzuführen soll einem Ärger mit der Justiz einbringen.

Versammlungsverbote an „Symbolträchtigen Orten und Tagen“

Nach dem Bundesrecht kann eine Versammlung nur verboten werden, wenn sie „öffentliche Sicherheit“ gefährdet. Nach dem neuen Gesetzesentwurf soll ein Verbot schon greifen, wenn ein Ort oder Tag als „symbolträchtig“ eingestuft wird - wann etwas „symbolträchtig“ ist bleibt jedoch unklar, so wird der Willkür bei Polizei und Versammlungsbehörden Tür und Tor geöffnet.

Repression als Antwort auf die Krise

Weshalb werden diese Verschärfungen gerade jetzt durchgesetzt? Die Antwort ist relativ einfach: Die Wirtschaftskrise und die mit ihr einhergehenden Verschlechterungen für unsere Lebenssituation gibt uns mehr denn je Grund auf die Straße zu gehen. Das beweist auch, dass im letzten Jahr deutlich mehr Versammlungen angemeldet wurden als in den Jahren davor – trotz Lockdown. Für den Fall, dass sich diese Proteste zu einer Bewegung entwickeln die sich nicht mehr integrieren lässt, rüstet der sich der Staat militärisch wie juristisch immer weiter auf. Zur Sicherheit der Kapitalist:innen werden unsere Freiheiten beschnitten.

Bündnis ruft zu Protest auf

Diese Pläne bleiben nicht unwidersprochen. Schon in den vergangenen Monaten gingen in mehreren Städten NRWs hunderte Menschen gegen das neue Versammlungsgesetz auf die Straße. Zudem hat sich ein NRW-weites Bündnis gegründet, welches das Ziel hat das Gesetz zu verhindern. Für den 26.06. plant es eine Demonstration ab 13 Uhr am DGB-Haus in Düsseldorf. Im Aufruf heißt es: „Der Entwurf der Landesregierung ist durch und durch autoritär gestrickt: Anstatt polizeiliche Eingriffe strikter Kontrolle zu unterstellen, um damit (rassistische) Polizeigewalt, Einschüchterung und Überwachung zu unterbinden, verkehrt er die zentrale Bedeutung der Versammlungsfreiheit für eine demokratische Gesellschaft ins Gegenteil und muss daher unbedingt gestoppt werden!“

In Zukunft verboten? Proteste gegen Klimazerstörung mit weißen Malerkitteln

Das Geschäft mit unserer Gesundheit und Grundrechten

– Von Ivan Barker –

Seit dem 9. Mai gelten die Sonderregelungen für vollständig Geimpfte und Genese. Ausgangssperren, Kontaktbeschränkungen und die Testpflicht vor dem Besuch von Geschäften betreffen sie nun nicht mehr. Damit erhalten sie Rechte zurück, die alle anderen weiterhin schmerzlich vermissen. Gesundheitsminister Jens Spahn hatte sich vor einigen Monaten noch gegen Sonderrechte ausgesprochen. Dieser Standpunkt scheint heute für die Politik vergessen, obwohl die Frage nach der Zugänglichkeit zu Impfstoffen stets den Kern der Debatte darstellte und bis heute nicht gelöst ist.

Warum haben wir dieses Problem überhaupt? Es ist wichtig zu erkennen, dass erst der Kapitalismus und die daraus resultierende katastrophale Handhabung der Pandemie uns überhaupt an diesen Punkt gebracht hat. Der ständige Vorzug von Profiten vor Menschenleben hat dafür gesorgt, dass wir uns nun schon im zweiten Jahr eines Lockdowns befinden, der Konzernprofite schützt und unser Privatleben dafür stark einschränkt. Arbeiter:innen, insbesondere im Gesundheitsbereich, aber auch Schüler:innen und Studierende tragen die Last der sozialen Isolation, während sie weiter Leistungen in der Schule, Uni und Betrieb abliefern müssen.

Ohne die kapitalistische Profitlogik im Weltmaßstab hätte sich die Pandemie wahrscheinlich kaum bis zu diesem Punkt entwickeln können. Doch nicht nur die Entwicklung der Corona-Infektionen, sondern eben auch die Impfstoffversorgung ist Resultat dieser Verhältnisse. War unser Gesundheitssystem schon vor Corona durch Einsparungen und Privatisierungen gekennzeichnet, macht der Kapitalismus bei der Impfentwicklung keinen Halt vor dem Geschäft mit Menschenleben.

Die Fähigkeit, Impfungen gegen Krankheiten zu entwickeln, ist ein wissenschaftlicher Fortschritt, der jedoch künstlich gehemmt und gegeneinander statt miteinander eingesetzt wird. Mithilfe von Patenten und Verträgen über den Verkauf von Impfstoff an Staaten sichern sich Konzerne wie BioNTech/Pfizer Milliardengewinne, anstelle frühzeitig und massenhaft Impfungen für alle zur Verfügung zu stellen. Die BRD stellt sich dabei konsequent auf die Seite der Unternehmen, indem sie sie erst mit Steuergeldern finanziert, ihnen dann jede Impfdosis teuer abkauft, und zusätzlich die Freigabe der Impfstoffpatente ablehnt.